OKTOBER '20/NR. 4

GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

GRÜNE
GRUENE.CH

› ABSTIMMUNGEN 29. NOVEMBER 2020 3 & 5

› CO_2-GESETZ: ZWISCHENERFOLG FÜR DEN KLIMASCHUTZ 4

› NEUER GENERALSEKRETÄR: FLORIAN IRMINGER 4

MIT KRIEG KEIN PROFIT!

DANK UNSEREM ENGAGEMENT! #GRÜNGEWINNT

Die zweifelnden Stimmen kamen von Politologinnen, Journalisten und von der politischen Konkurrenz: In der Coronakrise würden die Anliegen der GRÜNEN weniger wichtig, meinten sie. Sie prophezeiten, dass die Klimabewegung ohne öffentliche Streiks einschlafen würde. Und dass die nächsten Wahlen die GRÜNEN wieder aufs «Normalmass» zurechtstutzen würden.

Das Abstimmungswochenende vom 27. September hat zum Glück das Gegenteil bewiesen. Es hätte weniger als 9000 Stimmen gebraucht und die Überraschung wäre perfekt gewesen: fünf von fünf Abstimmungen wären im Sinne der GRÜNEN ausgefallen.

Leider hat es nur zum Vier-zu-eins gereicht. Aber auch das zeigt: Soziale und ökologische Anliegen finden heute Mehrheiten bei der Bevölkerung. Und wenn uns GRÜNE in den nächsten Jahren jemand fragt, was denn eigentlich der Unterschied zwischen unserer Partei und der glp sei, dann kennen wir jetzt eine Antwort, die alle verstehen: Wir GRÜNE sind jene der beiden Parteien, welche lieber 24 Milliarden in Solardächer investiert als in Luxus-Kampfjets. Die glp die andere.

Auch wenn mit dem 27. September die Dominanz der Isolationist*innen und der Sündenbockpolitik von rechts definitiv vorbei ist: Leichtsinn ist deswegen nicht angesagt. Auch wenn wir in Biel neu zweitstärkste Partei vor der SVP sind und die Wahlen in St. Gallen und im Kanton Schaffhausen erfreulich ausgegangen sind: Wir müssen weiterhin kluge Allianzpolitik machen und bleiben auf gute Partner*innen angewiesen. Wir brauchen das Feuer für die grosse ökologische und soziale Transformation – und die Klugheit, auch die kleinen Schritte dorthin zu erkämpfen.

Nur mit unser aller Einsatz geht #GrünGewinnt weiter. Bleiben wir für die Kriegsgeschäfte-Initiative und die Konzernverantwortungsinitiative engagiert dran!

Balthasar Glättli
Präsident GRÜNE Schweiz
@bglaettli

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz,
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
Tel.: 031 326 66 00
www.gruene.ch, gruene@gruene.ch
Auflage: 7000 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Natalina Töndury, Yannick Zryd
Grafik: Roman Gugger
Druck: Bubenberg Druck
Fotos/Grafiken: Simon Vogel (S. 1), Giulia Schneitter (S. 2), zVg (S. 3, 4, 5 & 8), Pixabay (S. 6 & 7), Béatrice Devènes (Portraits S. 3, 4, 5, 6, 7)
Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

TERRORGESETZ-REFERENDUM

Unterschreiben Sie jetzt das Terrorgesetz-Referendum. Mehr: **www.gruene.ch/terrorgesetz**

INITIATIVE FÜR EINE 13. AHV-RENTE (SIEHE BEILAGE)

Unterschreiben Sie noch heute die beiliegende Initiative für eine 13. AHV-Rente. Das sind die wichtigsten Argumente:

- Viele Menschen kommen mit ihrer Altersrente schlecht über die Runde. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente verbessert das Einkommen von Rentner*innen und schafft eine würdige Rente.
- Besonders Frauen profitieren von einer leistungsfähigen AHV, denn die AHV ist die einzige Sozialversicherung, die nicht entlöhnte Care-Arbeit in die Rentenrechnung einbezieht.
- Die AHV ist der wichtigste Pfeiler unserer Altersvorsorge, denn sie schafft einen sozialen Ausgleich. Mit der Einführung einer 13. AHV-Rente wird die AHV gestärkt.

KONZERNE IN DIE VERANTWORTUNG

Wenn Schweizer Grosskonzerne bei ihren Aktivitäten im Ausland die Menschenrechte und Umweltstandards missachten, ist das inakzeptabel. Es ist Zeit, dass sie für angerichtete Schäden geradestehen.

Kürzlich haben sich in Indien hunderte Bäuerinnen und Bauern mit in der Schweiz schon lange verbotenen Pestiziden Vergiftungen zugezogen. Die Pestizide stammen aus der Produktion von Syngenta, Nummer eins der Pestizidbranche, ansässig in der Schweiz. Im südamerikanischen Peru leiden Kinder unter Anämie, haben Lähmungen oder Behinderungen. Schuld daran sind Schwermetalle, insbesondere Blei und Arsen. Sie stammen aus einer von Glencore kontrollierten Mine. Auch Glencore ist ein multinationaler Konzern. Die Firma handelt mit Rohstoffen und hat ihren Sitz in der Schweiz. Solche schweren Verstösse gegen die Menschenrechte – und auch gegen Umweltstandards – bleiben aber ohne Konsequenzen. Auch wenn die verantwortlichen Konzerne in der Schweiz ansässig sind. Weil sie im Ausland begangen wurden. Ein unhaltbarer Missstand.

Prävention und Schadenersatz

Die Konzernverantwortungsinitiative sieht zwei Mechanismen vor. Einerseits die Prävention: Die Konzerne müssen die Auswirkungen ihrer Aktivitäten genau unter die Lupe nehmen, Massnahmen ergreifen und Rechenschaft ablegen, und das auf transparente Art und Weise. Anderseits erhalten die Opfer von Verstössen durch die Konzerne die Möglichkeit, in der Schweiz über eine Zivilklage Schadenersatz einzufordern. Die multinationalen Konzerne müssten also Verantwortung für die Verstösse ihrer Tochtergesellschaften übernehmen. Ohne diesen Mechanismus bleiben alle Massnahmen reine Alibi-Übungen und die Schäden ohne Konsequenzen. Auch die Schweiz muss nun endlich genau hinschauen – wie das zahlreiche andere europäische Länder ebenso tun.

Einzige glaubwürdige Lösung

Eine Kampagne zu führen, welche gefährliche Umweltverschmutzungen und die Vergiftung von Kindern verteidigt, das konnte sich die rechte Mehrheit im Parlament dann doch nicht vorstellen. Also hat sie auf die Schnelle einen Gegenvorschlag aus der Feder der Konzernlobby angenommen. Er ist eine reine Alibi-Übung. Denn er verlangt von den Konzernen lediglich, dass sie schöngefärbte Berichte schreiben. Es sind keine zivilrechtliche Haftung oder sonstige Sanktionen vorgesehen. Die Konzerne kämen einmal mehr davon und würden für die Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften nicht haftbar gemacht.

Die GRÜNEN unterstützen die Konzernverantwortungsinitiative schon seit deren Anfängen und verurteilen den mutlosen Alibi-Gegenvorschlag der Parlamentsmehrheit. Wir können, wir müssen die Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative gewinnen! Dafür brauchen wir das Engagement von Ihnen allen, liebe Leser*innen. Helfen Sie mit, überzeugen Sie ihr Umfeld. Denn es bleiben uns nur noch wenige Wochen.

Sibel Arslan
Nationalrätin BS
@SibelArslanBS

NEUER GENERALSEKRETÄR FLORIAN IRMINGER

Die Geschäftsleitung der GRÜNEN Schweiz hat Florian Irminger zum neuen Generalsekretär ernannt.

Florian tritt sein Amt an, nachdem er sich während zehn Jahren auf internationaler Ebene beruflich für die Menschenrechte eingesetzt hat. Er war bei den Vereinten Nationen, beim Europarat und bei der Europäischen Union für die Interessenvertretung der Human Rights House Foundation verantwortlich. Diese Stiftung waltet als Sekretariat für einen Zusammenschluss von Menschenrechtsorganisationen in Zentral- und Osteuropa. Während der letzten zwei Jahre hat er Penal Reform International geleitet, eine Menschenrechtsorganisation, die sich im Bereich der Strafjustiz engagiert. Vor 20 Jahren war Florian Irminger auch einer der Gründer der Präventionsbewegung Stop Suicide.

Florian ist seit Jahren bei den GRÜNEN aktiv: Er war Mitglied der Genfer und der Schweizer Parteileitung und einer der Gründer*innen der Jungen Grünen. Zudem war Florian Mitglied des Verfassungsrats des Kantons Genf und präsidierte dessen Redaktionskommission.

Die Arbeit in Netzwerken hat Florians Laufbahn geprägt. Mit dieser wichtigen Erfahrung in der Tasche will Florian gemeinsam mit den kantonalen Sektionen zu weiteren Erfolgen der GRÜNEN beitragen. Stets im Dialog mit den Bewegungen, die sich auf der Strasse für die Gleichstellung und das Klima stark machen.

CO_2-GESETZ: ZWISCHENERFOLG FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Das neue CO_2-Gesetz ist ein unverzichtbarer Zwischenschritt, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Jetzt werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass zusätzliche Massnahmen verabschiedet werden.

Das neue CO_2-Gesetz deckt nicht alle klimarelevanten Bereiche ab und geht noch immer zu wenig weit. Doch es ist endlich ein Schritt in die richtige Richtung! Der Einbau von Ölheizungen wird erschwert, die CO_2-Emissionen von Autos müssen weiter reduziert werden. Neu enthält das Gesetz Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgasausstosses im Flugverkehr und zielt darauf ab, die Finanzflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen.

Diese klaren Fortschritte sind der Klimawahl im Oktober 2019 und der breiten Bewegung fürs Klima zu verdanken.

Trotzdem reicht das neue Gesetz nicht aus. Wir GRÜNE fordern die Verabschiedung weiterer Ziele und Massnahmen für mehr Klimaschutz, dies insbesondere in der Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik sowie für den Finanzplatz. Beispielsweise sollen künftig in der gesamten Finanzbranche verbindliche Massnahmen für klimaverträgliche Anlagen umgesetzt werden. Ebenfalls setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass der Bundesrat nach Inkrafttreten des neuen CO_2-Gesetzes rasch eine nächste Revision erarbeitet.

Kurt Egger
Nationalrat TG
@kurtegger2

FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT KEIN SCHWEIZER GELD

Jedes Jahr sterben zehntausende Menschen durch bewaffnete Konflikte. Millionen mehr werden verletzt, traumatisiert und in die Flucht getrieben. Gleichzeitig machen internationale Rüstungsunternehmen riesige Profite mit Waffenlieferungen. Hier setzt die Kriegsgeschäfte-Initiative an.

Die Jungen Grünen und die GSoA wollen mit ihrer Initiative erreichen, dass künftig kein Schweizer Geld mehr in die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten fliesst. Denn bevor Kriege und Konflikte tausenden von Menschen das Leben kosten, bevor sie ganze Kulturen vernichten und Landschaften verwüsten, bevor sie demokratische Strukturen zerstören und die Zivilgesellschaft unterdrücken, müssen sie finanziert werden. Allein im Jahr 2018 investierten Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank, die Credit Suisse und die UBS mindestens neun Milliarden US-Dollar in Atomwaffenproduzenten – pro Schweizer Einwohner*in macht das 1044 Dollar. Somit steht die Schweiz bei den Pro-Kopf-Investitionen im internationalen Vergleich auf dem unrühmlichen Platz 2 – direkt nach den USA. Und das, obwohl sie als reiches Land mit einem der grössten Finanzplätze der Welt eine besondere Verantwortung tragen sollte.

Dreifacher Schaden

Die Kriegsgeschäfte-Initiative fordert deshalb, dass in der Schweiz verwaltetes Geld nicht dort angelegt wird, wo die Menschheit davon Schaden nimmt. Investitionen in die Rüstungsindustrie schaden in dreifacher Weise: Die Produkte der Rüstungsindustrie dienen einzig dem Ziel, Menschen möglichst effizient zu kontrollieren und zu töten. Sie verpesten dabei in unvergleichbarer Weise die Umwelt und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen. Und: Die Überbewertung der militärischen Aufrüstung als sicherheitspolitisches Element führt dazu, dass Geld für die wirklich grosse Sicherheitskrise unserer Zukunft fehlt, nämlich für den Klimawandel.

Neutral? Von wegen.

Dass Milliarden von Schweizer Franken in Kriege fliessen, widerspricht dem Grundsatz der Neutralität. Neutralität bedeutet, sich nicht aktiv in Konflikte einzumischen. Die indirekte Einmischung durch die Finanzierung von Kriegsmaterial verletzt unsere Neutralität und macht unser Bestreben, diplomatische Lösungen zu suchen, unglaubwürdig.
Investitionen in Rüstungsgüter sind weder besonders lukrativ noch risikofrei. Langfristig lohnen sich nur nachhaltige Anlagen. Mit unserem Geld werden Kriege und Zerstörung finanziert, ohne dass wir mitbestimmen können. Es ist Zeit, dass auch die Finanzbranche Verantwortung übernimmt.
Ein Investitionsverbot für Waffenproduzenten ist ein Schritt in Richtung mehr Transparenz und Verantwortung.

Engagieren wir uns deshalb gemeinsam für ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative, für ein Ja zu einer friedlicheren Welt.

Marionna Schlatter
Nationalrätin ZH
@marionnasch

Julia Küng
Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz
@Julia_Kueng

GEMEINSAM GESTALTEN WIR DEN GREEN NEW DEAL

Mitte August haben wir den Auftakt gemacht für einen Green New Deal, mit dem wir GRÜNE den Weg bereiten wollen für eine Wirtschaft von morgen. Eine Wirtschaft, die nicht länger auf ein blindes Konsum- und Produktionswachstum setzt, sondern unsere realen Bedürfnisse befriedigt. Wir wollen die aktuelle Krise als Chance nutzen und den Umbau hin zu einer besseren, nachhaltigeren und grüneren Zukunft beschleunigen.

Wir wollen den notwendigen Umbau auf allen Ebenen vorantreiben und die Leute gemeinsam zum Umdenken bewegen. Seit dem Auftakt in Brugg haben wir unzählige wertvolle Inputs zum Green New Deal erhalten: Ideen für ein ökologischeres Steuersystem, zu nachhaltigen Finanzflüssen, Beiträge zur Wachstumskritik und Vorschläge für Bildungs- und Innovationsförderung. Einige Themen werden wir auswählen und gemeinsam mit Expert*innen, grünen Mitgliedern und Fachpersonen weiterbearbeiten.

Die Debatte weiterführen

Insbesondere wollen wir die Debatte mit Ihnen weiterführen und im Verlauf der nächsten Monate an verschiedenen Veranstaltungen mit Ihnen die Umsetzungsmöglichkeiten diskutieren. Ihre Vorschläge werden wir auch weiterhin aufnehmen und einfliessen lassen: **www.gruene.ch/gnd-d**

Franziska Ryser
Nationalrätin SG
@FranziskaRyser

BENZINVERBRAUCH SUBVENTIONIEREN?

Im vergangenen Sommer hat sich eine Kommission des Nationalrats dafür ausgesprochen, den Benzinverbrauch mit sieben Rappen pro Liter zu subventionieren. Wie bei der bedingungslosen Unterstützung der Flugbranche entsteht auch hier der Eindruck, dass die Klimakrise komplett vergessen geht.

Die von einer Kommission des Nationalrats angenommene parlamentarische Initiative sieht vor, dass die Mehrwertsteuer künftig nicht mehr auf die Mineralölsteuer erhoben wird, mit welcher die Strassen bezahlt werden. Somit würde der Liter Benzin sieben Rappen billiger. Eine inakzeptable Sonderregel, denn normalerweise wird die Mehrwertsteuer auf den Gesamtbetrag erhoben. Und eine Sonderregel mit Folgen: Sie erhöht den Anreiz für ineffiziente Fahrzeuge und unnötige Fahrten. Das läuft dem Klimaschutz und dem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern diametral entgegen. Gleichzeitig hat sie deutlich tiefere Mehrwertsteuereinnahmen zur Folge. Die Steuerbehörden haben bereits angekündigt, dass die AHV und die Bahninfrastruktur direkt betroffen wären. Jetzt muss der Ständerat zur Vernunft kommen. Lehnt er die parlamentarische Initiative nicht ab, prüfen die GRÜNEN das Referendum.

Bastien Girod
Nationalrat ZH
@bastiengirod

PESTIZID-INITIATIVEN: FÜR EINE GRÜNERE LANDWIRTSCHAFT

Mehr als 2 000 Tonnen Pestizide werden jährlich in der Schweiz ausgebracht (vgl. Agrarbericht 2018). Diese giftigen Produkte landen in unserem Grund- und Trinkwasser und schaden den Insekten, Nagetieren und Pflanzen. Und sie beeinträchtigen die Bodenqualität und Biodiversität.

Der Pestizid-Ausstieg ist eine der Prioritäten der GRÜNEN für die Legislatur 2019-2023. Gleichzeitig nimmt auch in der Zivilbevölkerung der Widerstand gegen Pestizide zu: Gleich zwei Initiativen wurden eingereicht. Die erste, «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», hat zum Ziel, jegliche synthetische Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung sowie in der Landschaftspflege zu verbieten. Die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» schlägt vor, dass die landwirtschaftlichen Direktzahlungen nur noch Landwirt*innen zugutekommen, die ohne Pestizide und ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommen. Und die einen der Produktionsfläche angepassten Tierbestand halten. Die beiden Initiativen weisen in die richtige Richtung. Denn es braucht dringend einen Kurswechsel in der Landwirtschaft. Auch fürs Klima: Seit Beginn dieses Jahrhunderts verzeichnet die Landwirtschaft keinen nennenswerten Rückgang ihres Treibhausgas-Ausstosses.

Kilian Baumann
Nationalrat BE
@Kilian_Baumann

AUF ACKER UND TELLER: SCHLUSS MIT GIFT!

In den nächsten Jahren werden die agrarpolitischen Weichen mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) neu gestellt. Pestizide, Überdüngung und Massentierhaltung haben die Ernährungswirtschaft in eine Sackgasse geführt. Höchste Zeit für grünen Wandel!

Vor zwei Jahren wurde über die «Fair-Food-Initiative» der GRÜNEN abgestimmt. Sie wollte Produktion, Verarbeitung, Handel und Konsum von Lebensmitteln an Nachhaltigkeitszielen ausrichten. Würde die Initiative heute zur Abstimmung kommen, stünden ihre Chancen gut. Die Klimastreikenden haben das Bewusstsein für einen Kurswechsel geschärft. Die zerstörerischen Folgen der chemie- und energiebasierten Intensivlandwirtschaft lassen sich nicht länger unter den Tisch kehren. Nur ein konsequenter Arten-, Klima-, Boden- und Gewässerschutz kann die Ernährung der Weltbevölkerung sicherstellen.
Neben der Natur sind auch die Bäuerinnen und Bauern unter Druck. Sinkende Preise und die steigende Abhängigkeit von Agrar-Grosskonzernen bedrohen ihre Zukunft. Eine Arbeitsgruppe der GRÜNEN hat eine Agrarstrategie erarbeitet, die den Weg aus der Sackgasse zeigt: Weniger Fleisch, mehr Bio, fairer Handel, Ernährungswissen und Agrarökologie. Die Diskussion ist eröffnet!

Regula Rytz
Nationalrätin BE
@RegulaRytz

DAS SOZIALE IM ZENTRUM

Vor Kurzem wurde Lena Frank in Biel in den Gemeinderat gewählt. Sie will ihre bereits langjährige Erfahrung nutzen, um die Umwelt- und Sozialpolitik voranzutreiben.

Lena Frank hat die Politik im Blut. Nach zehnjährigem Engagement bei den GRÜNEN und den Jungen Grünen wurde die 31-jährige Bielerin nun in den Bieler Gemeinderat gewählt, wo sie die GRÜNE Barbara Schwickert ersetzt. Eine neue Etappe für Lena, deren politische Karriere früh begonnen hat: «Meine Mutter war Parlamentarierin in Langnau, wo ich aufgewachsen bin. So habe ich die Politik schon früh verfolgt. Richtig aktiv wurde ich an dem Tag, als die Ausschaffungsinitiative der SVP angenommen wurde. Ich war schockiert – und trat den Jungen Grünen bei.» Bei den Jungen Grünen, die damals noch im Aufbau begriffen waren, übernahm Lena schnell viel Verantwortung. Dank ihrem Herzblut und ihrer strategischen Denkweise wurde sie 2012 zur Co-Präsidentin gewählt. «Wir engagierten uns für die Zersiedelungsinitiative. Und wurden mehr und mehr gehört. Es war eine spannende Zeit und ich habe leidenschaftlich gerne mit so vielen motivierten jungen Menschen zusammengearbeitet.»

Den politischen Weg eingeschlagen

Für ihr politisches Engagement musste Lena sich gezielt entscheiden. Denn als junge Pflegefachfrau interessierte sie sich auch für eine Spezialisierung in der Notfallmedizin. «Diesen Weg neben der Politik zu gehen, wäre zu intensiv gewesen. Ich hätte beim politischen Engagement zurückstecken müssen, was ich nicht wollte. Also schlug ich eine andere Richtung ein». Lena begann, bei der Gewerkschaft Unia zu arbeiten, wo sie noch bis Ende des Jahres als Mitglied der Sektorleitung Bau fungiert. Dieser berufliche Kurswechsel erlaubte ihr, ihr Engagement im Bieler Stadtrat – wo sie seit 2013 Einsitz hat – zu vertiefen und im Jahr 2016 die Vize-Präsidentschaft der Berner Kantonalsektion der GRÜNEN zu übernehmen. «Die soziale Gerechtigkeit liegt mir sehr am Herzen. Die Umweltpolitik und die soziale Politik müssen Hand in Hand gehen». Als Beispiel nennt Lena die Opposition in der Bevölkerung gegen das Autobahnprojekt Westast in Biel: «Die grossen Projekte müssen gemeinsam mit den Anwohner*innen umgesetzt werden», meint sie. Und setzt sich für mehr Grünzonen und weniger Verkehr in Biel ein.

Die Bielerin freut sich sehr auf die Arbeit in der Bieler Exekutive, in der es zum ersten Mal eine Frauenmehrheit gibt. «Biel ist eine progressive Stadt», meint sie und lächelt. «Wir haben die Herausforderung gemeistert, aus der Atomenergie auszusteigen und ein Klimareglement zu verabschieden».